

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

17.11.1924 (No. 269)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Sprecher:
E. K. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Zeile. Beize und Weide frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Beirichtung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Das badische Landesjugendamt

Nach § 12 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt waren in den einzelnen Ländern zur Sicherung einer gleichmäßigen Erfüllung der den Jugendämtern obliegenden Aufgaben und zur Unterstützung ihrer Arbeit Landesjugendämter zu errichten. Im Hinblick auf die Finanzlage des Reichs und der Länder sowie den Abbau von Behörden und Beamten wurde diese Bestimmung durch die Verordnung des Reichsministers des Innern vom 14. Februar 1924 dahin eingeschränkt, daß ihre Durchführung dem Ermessen der Länder überlassen bleibt. Demgemäß wurde in Baden zunächst von der Errichtung eines Landesjugendamtes abgesehen und seine Geschäfte dem Justizministerium als oberster Landesbehörde übertragen. Der Umstand, daß die einzelnen Aufgaben der Jugendwohlfahrt zum Geschäftsbereich verschiedener Ministerien gehören, ließ jedoch schon nach kurzer Zeit die Notwendigkeit der Schaffung eines Landesjugendamtes als besonderer Zentralstelle erkennen. Durch Verordnung des Staatsministeriums vom 18. September 1924 wurde deshalb die Errichtung eines selbständigen Landesjugendamtes verfügt, das in Karlsruhe seinen Sitz hat.

Das neu gegründete Landesjugendamt gliedert sich organisatorisch in Vorstand und Beirat. Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern sowie der erforderlichen Zahl von Stellvertretern. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden auf Vorschlag des Justizministeriums, je eines der Mitglieder und dessen Stellvertreter auf Vorschlag des Ministeriums des Innern und des Ministeriums des Kultus und Unterrichtes nebenamtlich aus der Zahl der Mitglieder dieser Ministerien durch das Staatsministerium berufen. Der Beirat besteht aus fünf Vertretern der Jugendämter, je einem Jugend- oder Vormundschafftsrichter, Schulschaffmann und beamteten Religionsvertreter jeder der im Lande staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften, die nach der letzten amtlichen Feststellung im Lande mindestens 7000 Angehörige zählen, und außerdem aus einer wenigstens gleichgroßen Anzahl weiterer Mitglieder, die vom Staatsministerium aus der Zahl der in der Jugendwohlfahrt besonders erfahrenen Männer und Frauen aller Bevölkerungskreise, insbesondere aus den im Lande wirkenden freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt und Jugendbewegung auf Vorschlag der Landesverbände dieser Vereinigungen berufen werden. Die Wahl der in den Beirat zu entsendenden Vertreter der Jugendämter erfolgt durch den badischen Städteverband, den badischen Städtebund und den Verband badischer Gemeinden; der Städteverband und der Verband badischer Gemeinden haben je zwei Mitglieder, der Städtebund ein Mitglied aus der Zahl der Vorsitzenden, Geschäftsführer oder Mitglieder der Jugendämter zu bezeichnen. Die beamteten Vertreter werden von den zuständigen Ministerien, die Vertreter der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften von den obersten Behörden der Religionsgemeinschaften im Lande bestimmt. Für jedes Mitglied des Beirats ist ein Stellvertreter zu benennen. Die Berufung der Mitglieder und ihrer Stellvertreter erfolgt auf die Dauer von 4 Jahren.

Der Vorstand und der Beirat beschließen grundsätzlich über alle zur Zuständigkeit des Landesjugendamtes gehörenden Gegenstände gemeinschaftlich. Der Vorstand hat die Befehlsbefugnisse des Landesjugendamtes vorzubereiten und zu vollziehen und über Beschwerden gegen Verfügungen der Jugendämter zu entscheiden; im übrigen bestimmt das Landesjugendamt durch eine Geschäftsordnung, welche der laufenden Geschäfte dem Vorstand oder einem vom Landesjugendamt aus der Zahl seiner Mitglieder zu bildenden Arbeitsausschuß zu übertragen sind.

Die Ernennung der vom Staatsministerium zu berufenden Mitglieder des Landesjugendamtes ist in diesen Tagen erfolgt. Dem Landesjugendamt gehören hiernach an:

- als Vorsitzender: Oberregierungsrat Dr. Umhauer im Justizministerium,
- als Stellvertreter des Vorsitzenden: Regierungsrat Dr. Curtz im Justizministerium;
- als Mitglieder des Vorstands: Frau Oberregierungsrat Dr. Baum im Ministerium des Innern und Regierungsrat Dröbner im Ministerium des Kultus und Unterrichtes,
- als Stellvertreter der Mitglieder des Vorstands: die Regierungsräte Frhr. von Babo und Dr. Lehmann im Ministerium des Innern und Dr. Heidelberg im Ministerium des Kultus und Unterrichtes;
- als Mitglieder des Beirats: Rektor Vassang und Pfarrer Rektor Baummeister in Karlsruhe, Bürgermeister Ritter in Mörzbach, Hauptlehrer Curtz in Mannheim, Caritasdirektor Oelert in Freiburg, Dr. phil. Heidelberg in Karlsruhe und Frau Antonie Elias in Karlsruhe, Oberbürgermeister Piefer in Baden-

Baden, Professor Dr. Gregor in Flehingen, Landesjugendpfarrer Hornung, Stadtpfarrer Kaminski und Amtsrichter Strahl in Karlsruhe, Oberbürgermeister Rager in Mannheim, Geh. Oberregierungsrat Dr. Lange und Professor Dr. Lutz in Karlsruhe, Jugendpfarrer Lutz in Mannheim, Frau Stadtrat Matheis in Karlsruhe, Bürgermeister Dr. Meiser in Weinheim, Bürgermeister Menges in Gernsbach, Frau Landesforstmeister Philipp, Obermedizinalrat Dr. Römer, Verwaltungsobersekretär Stenz, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weßlar und der künftige Stadtrabbiner in Karlsruhe;

als Stellvertreter der Mitglieder des Beirats: Professor Dr. Ballweg und Kaufmann Eugen Baumann in Karlsruhe, Bürgermeister Belzer in Malsch, Oberbürgermeister Dr. Finter, Ministerialrat Frech und Ministerialrat Dr. Huber in Karlsruhe, Stadtpfarrer Hütwohl in Heidelberg, Bürgermeister Jod in Griesingen, Studentat Imgraben und Jugendpfarrer Kayser in Karlsruhe, Rektor Kast in Flehingen, Bürgermeister Dr. Kaufmann in Singen, Hauptlehrer Meyer in Weingarten, Hauptlehrer Nagel in Niesern, Bezirksrabbiner Dr. Pankuf in Heidelberg, Obermedizinalrat Dr. Riffel in Bruchsal, Bezirkspräsident Rastbach, Frau Prälat Dr. Schmitt-Kenner, Medizinalrat Bezirksarzt Dr. Schönig, Fürsorgerin Schwester Gertraud Schwaerer, Hauptlehrer Strobel und Landeswohlfahrtspfarrer Werner in Karlsruhe, Amtsrichter Dr. Wittwein in Mannheim, Oberbürgermeister Zoeller in Durlach.

Die konstituierende Sitzung des Landesjugendamtes wird in den nächsten Tagen stattfinden. In ihr soll über verschiedene dringende Anträge und Fragen, insbesondere über die Verteilung von Reichsmitteln zur Durchführung der Amtsvorbereitung, die Verweisung zahlreicher Anstalten von den Bestimmungen der §§ 20 bis 23 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt, sowie über die Aufstellung von Richtlinien für das Pflegekinderwesen und den Wollzug der Fürsorgeerziehung Beschluß gefaßt werden.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes in Baden hat sich in der Woche vom 6. bis 12. November gegenüber der Vorwoche nicht wesentlich verändert. Zahlenmäßig ergibt sich, daß die Ziffer der unterstützten Erwerbslosen weiter um 580 gesunken ist. Sie beträgt jetzt 15 440. Auf der anderen Seite hat sich jedoch das Verhältnis der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen vorhandenen Arbeitsuchenden und offenen Stellen verschlechtert. Die Gesamtzahl dieser Arbeitsuchenden stieg von 28 786 am 5. November auf 29 021 am 12. November; die Zahl der offenen Stellen sank von 1884 auf 1791. Auf 100 offene Stellen kommen am 12. November 2607 männliche bzw. 731 weibliche Arbeitsuchende gegenüber 2349 männlichen bzw. 699 weiblichen Arbeitsuchenden am 5. November.

Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild der Arbeitsmarktlage:

In der Industrie der Steine und Erden wurde im Mosbacher Bezirk der Betrieb eines Zementwerkes geschlossen, die gesamte Belegschaft, 115 Mann, wurde entlassen. Nach Mannheim, Schleifern und -monteuren besteht an einigen Orten Nachfrage.

Die metallverarbeitende Industrie zeigte sich verschiedentlich für Facharbeiter aufnahmefähig, insbesondere für Blechler. Im Karlsruher Bezirk kann eine kleine Besserung der Arbeitsmarktlage insofern verzeichnet werden, als zwei Großbetriebe nunmehr keinerlei Kurzarbeit mehr haben. Darüber hinaus erfolgen hier jetzt auch wieder Neueinstellungen (Facharbeiter). Aus der Pforzheimer Schmiedewarenindustrie wird über ein leichtes Anziehen als Folge der kurzen Lieferfrist für Aufträge berichtet.

In der chemischen Industrie Mannheims besteht Nachfrage nach jüngeren weiblichen Arbeitskräften, in der des Oberrheins wird voll gearbeitet.

Dies ist auch vom Spinnstoffgewerbe des Wiesentals zu sagen. Hier macht sich Mangel an tüchtigen Facharbeitern bemerkbar.

Die Weinheimer Lederfabriken arbeiten voll. Nach jüngeren Rüstern wurde da und dort gefragt.

Die Arbeitsmarktlage der Tabakindustrie hat sich weiter etwas gebessert, die Erwerbslosenzahlen der hauptsächlichsten tabakindustriellen Bezirke sind weiterhin zurückgegangen.

Im Schneidergewerbe werden Großschneider sehr gesucht, dagegen besteht an Kleinschneidern Überangebot. Schuhmacher wurden wenig gefragt.

Im Baugewerbe sind die Beschäftigungsverhältnisse noch befriedigend. Glaser, Rahmenmacher und Maurer werden da und dort noch gefordert.

Das Viehwirtschaftsgewerbe an den größeren Plätzen hatte guten Beschäftigungsgrad. Scher sind gefuchte Kräfte. Im Gastwirtsgebiete liegen die Verhältnisse weiter ungünstig. Auch nach Ausschilfräften wird kaum gefragt.

Kaufstreuabgabe

Unter dem 12. November ist von der Forstabteilung des Finanzministeriums folgende Anweisung an sämtliche Forstämter ergangen:

„Mit Rücksicht auf den derzeitigen Mangel der Landwirtschaft werden die Forstämter mit Zustimmung des Herrn Finanzministers bis auf weiteres ermächtigt, den Gemeinden zur Abgabe an minderbemittelte Landwirte in eigener Zuständigkeit Reststreu aus Beständen zur Verfügung zu stellen, soweit Weg- und Unkrautstreu nicht ausreicht. An die Überweisung sollen keine Bedingungen über die Abgabe an den einzelnen Landwirt, ob entgeltlich oder unentgeltlich und über die Anlage eines etwaigen Erlöses geknüpft werden. Das vorgeschriebene Verfahren (Gemeindebeschuß, Staatsgenehmigung) bleibt bis auf den Wegfall der Vorlage an die Forstabteilung unverändert. Die Anrechnung auf den Hiebjah findet weiterhin statt.“

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

W. In einer Festsetzung im Rahmen des Bundestages des Bayerischen Beamtenbundes in München, an der Ministerpräsident Heß und Minister des Innern Stugel teilnahmen, sprach Sonntag vormittag in der Tonhalle der Reichswirtschaftsminister Hamm über wirtschaftspolitische Tagesfragen.

Er erinnerte zunächst daran, daß der heutige Tag ein Gedanktag in doppeltem Sinne sei. Vor einem Jahre seit die Notentzettel zum Stillstand gebracht worden. Das Wunder der Rentenmark sei Wirklichkeit geworden, nicht im Sinne einer Währungs- und Geldschöpfung, sondern im Sinne des Wunsches und des entschlossenen Willens, auf dem Wege der Inflation einmal Halt zu machen. Die zweite denkwürdige Tatsache sei die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands durch die heutige Rückgabe der Reichsbahnen im besetzten Westen. Der Minister wies weiter auf die verfallene Karte Deutschlands hin, das Gebiete verloren habe, die über die Ernährung der eigenen Bevölkerung hinaus noch fünf Millionen Menschen in Deutschland hätten Nahrung geben können, und kam zu sprechen auf das Ringen um die Begrenzung der Reparationsleistungen.

Er behauptete weiter: Wir empfinden die Dawesgesetze als eine schwere Belastung des deutschen Volkes. Man hat erkannt, daß man dem Zahlungspflichtigen nicht Arm und Bein einschneiden und ihn nicht auf eine Hungerkammer setzen darf, wenn er leistungsfähig bleiben soll. Man hat erkannt, daß das Barometer für die Leistungsfähigkeit die Währung ist. Darum der primäre Satz, daß die Reparationsleistungen die deutsche Währung schonen müssen. Daher der Gedanke, die deutsche Währung vom Staate unabhängig zu stellen. In diesem Zusammenhang kam der Minister auch eingehend auf die Handelsvertragsverhandlungen zu sprechen und betonte hierbei, daß die jetzt wieder im Vordergrund stehende 26 prozentige Ausfuhrabgabe in ihrer Wirkung mit dem weltwirtschaftlichen Gefüge nicht zu vereinbaren wäre. Man werde Deutschland den ungehemmten Eintritt in die Weltwirtschaft wieder freigeben und einsehen müssen, daß Maßnahmen wie die Reparationsabgabe nicht nur den Geist, sondern auch den Erfolg des Dawesplanes aufs ernsteste gefährden müßten.

In seinen weiteren Ausführungen betonte der Minister, daß es gelte, durch tüchtige und gute deutsche Arbeitsleistung wieder auf dem Weltmarkt Geltung zu gewinnen. Die Wirtschaft solle des Schutzes nicht entbehren, dessen sie bedürfe. Mit zwangswirtschaftlichen Maßnahmen sei ein Preisabbau nicht zu erreichen. Der Staat müsse sich bei seinen Bemühungen um einen Preisabbau der inneren Gesetze der Wirtschaft bewusst bleiben. Auch bei einer Regelung des Einfuhrzollens sei daher zu beachten, daß wir wieder zu einer vernünftigen Eingliederung in die Weltwirtschaft kommen. Wir müßten zu geringeren Zinssätzen, zu einer Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, wie zu einem Abbau der zu hohen Steuern kommen. Zu der Aufwertungsfrage hob der Minister den Willen der deutschen Reichsregierung hervor, hier bis zu den Grenzen zu gehen, die die Lage der deutschen Wirtschaft vorschreibt. Darüber werde der neue Reichstag zu sprechen haben. Die Mißstände und Auswüchse auf dem Gebiete des Kartellwesens seien abgestellt worden ohne daß in allen Fällen das Kartellgericht angerufen werden mußte.

Schließlich betonte der Minister, die ungeheure Aufgabe, das deutsche Volk aus seiner traurigen Lage einer besseren Zukunft entgegenzuführen, stelle sich allen Aufgaben der Geschichte in ihrer Größe ebenbürtig zur Seite. Das deutsche Beamtentum könne wesentlich zu ihrer Lösung beitragen. Der Staat trage seine Ehre und Würde in sich. Er werde umso stärker sein, je mehr alle, die ihm angehören, ihm diese Ehre und Würde geben.

Die Finanzabgabe des Reichs. Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse betrug für die Zeit vom 1. bis 10. November die Einzahlungen 117,5 und die Auszahlungen 82,7 Millionen Reichsmark, so daß sich ein Überschuß von 34,8 Millionen Mark ergibt und sich der Gesamtüberschuß dadurch für das laufende Finanzjahr von 1. April bis 10. November auf 205,4 Millionen Mark erhöht. Der Stand der Reichsmarktschuld aus der Begebung von Reichsmarktschulden hat sich vom 31. Oktober um 15 auf 85 Millionen am 10. November erhöht.

Die schweizerisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen in Berlin sind am Samstag endgültig abgeschlossen worden. Das Abkommen wird am heutigen Montag unterzeichnet.

Politische Neuigkeiten

Die Übergabe der Regiebahnen

Sonntag nacht ist die Übergabe der Regiebahnen an die deutsche Reichsbahn überall reibungslos und ohne eine Störung des Betriebes erfolgt. Der Zustand der zurückgegebenen Betriebsmittel läßt allerdings an verschiedenen Stellen zu wünschen übrig. Ein Beispiel meldete bisher, daß die dortigen Lokomotiven sehr herabgewirtschaftet seien und zahlreiche Maschinen noch in Betrieb gehalten wurden, die nach deutschen Grundgesetzen in diesem Zustand nicht mehr verwendet werden dürfen. Die deutschen Beamten und das deutsche Publikum begrüßten die Übernahme der Bahnen durch die deutsche Verwaltung überall freudig.

In einem an die Eisenbahner an Rhein und Ruhr gerichteten Aufruf spricht der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft dem gesamten Eisenbahnerpersonal des besetzten Gebietes für das opferfreudige Verhalten seinen Dank und seine Anerkennung aus. Der Aufruf betont, daß das Verhältnis der Eisenbahn zu ihrem Personal unverändert geblieben ist und appelliert an die Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahner für die Lösung der bevorstehenden schwierigen Aufgaben und den Wiederaufbau der Bahnen.

Die Rheinlandkommission hatte am Freitag in Ausführung der Beschlüsse der Londoner Konferenz eine Ordnanung erlassen, derzufolge die belgisch-französische Eisenbahnregie Samstag nacht um 12 Uhr zu funktionieren aufhört. Die Rheinlandkommission hatte ferner im Einbernehmen mit der Militärbehörde eine Ordnanung erlassen, die die Militärkontrolle über die Eisenbahnen der besetzten Gebiete in Anpassung an die durch das Londoner Abkommen geschaffene Lage regelt. Es scheint, daß alle Bestimmungen wieder in Kraft treten, die vor dem 11. Januar 1923, also vor der Ruhrbesetzung, Geltung hatten.

Hilfe den Hochwassergebieten

Hochwasser im Westen und Süden Deutschlands! Während Ortschaften, gepflegte Äcker wurden überflutet, Wohnungen zerstört, Hab und Gut fortgeschwemmt, das Arbeitsgerät unbrauchbar. Tausende verloren in wenigen Stunden ihr Heim und damit die Früchte jahrelanger Arbeit. Die Schäden zu heilen, ist doppelt schwer bei der wirtschaftlichen Not der Gegenwart, dreifach schwer in den heimgejagten besetzten Landesteilen. Der Staat hilft nach Kräften, aber seine Mittel genügen nicht. Alle Volksgenossen rufen wir deshalb auf, helft! Gebt schnell! Gebt reichlich!

gez. Reichspräsident, die Reichsregierung.
Mit der Durchführung der Sammlung wurde die Reichsgeschäftsstelle der deutschen Rottkiste, Berlin, Wilhelmstr. 92, beauftragt. Spenden werden auf das Konto Deutsche Rottkiste, Hochwasserschaden, bei der Zentrale der Deutschen Bank in Berlin oder auf Postkontokonto Berlin 55 770 erbeten.

Wahlen vom Sonntag

Am gestrigen Sonntag fanden in Schwern die Stadtverordnetenwahlen statt. Gegenüber den Reichstagswahlen vom 4. Mai liegt die Zahl der Demokraten von 1887 auf 2008, die der Sozialdemokraten von 6569 auf 6628 Stimmen. Die von den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei gebildete Wirtschaftseinheit erzielte 9789 Stimmen gegen 11 547 Stimmen. Die bürgerlichen Stimmen gingen gleichfalls zurück und zwar von 4813 auf 1808, die der Kommunisten von 1280 auf 680. Die Wirtschaftseinheitsliste hat somit 23 (28), die der Demokraten 6 (4) Sitze. Auf die Sozialdemokraten entfallen 15 (18), auf die Kommunisten 2 (3), auf die Nationalsozialisten 3 und auf eine Angestelltenliste 1 Sitz.

Bei den Gemeindevahlen in Anhalt blühten die beiden Flügelparteien, Sozialisten und Kommunisten, beträchtlich an Stimmenganz ein. Die übrigen Parteien dürften dem „Montag“ zufolge, wohl ihren Bestand nach den bisher vorliegenden Nachrichten behaupten.

Die Militärkontrolle des Völkerbundes

Das Völkerbundsekretariat veröffentlicht eine Mitteilung über den Beschluß der Tagung der Ständigen Militärkommission des Völkerbundes, die im allgemeinen die Feststellungen des Völkerbundes in der Frage der militärischen Investitionen in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien bestätigte. Die Ständige Militärkommission, die bekanntlich aus Sachverständigen der 10 Mächte besteht, wird im Falle von Kontrollen durch Sachverständige der Nachbarstaaten des zu kontrollierenden Landes ergänzt, die keine Vertretung im Völkerbundsrat haben. In alle der militärischen Investigation in Deutschland kommen also baltische Sachverständige als Mitglieder der Ständigen Militärkommission in Betracht. Der

Platz wird nun die einzelnen Regierungen auffordern, ihre etwaigen zeitweiligen Vertreter in der Ständigen Militärkommission zu bestimmen.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen

Die feierliche Eröffnungssitzung der deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen fand am Samstag in Moskau statt. Krassin betonte, daß die Sowjetregierung an dem Grundsatz des Außenhandelsmonopols unentwegt festhalte, drückte aber gleichzeitig die Überzeugung aus, daß die deutsch-russische Zusammenarbeit auf allen Wirtschaftsgebieten durch aus möglich sei.

Wirtschaftler Graf Brockhoff-Rauhau sagte u. a.: Auch ich verhehle nicht die Schwierigkeiten, die im Laufe der Verhandlungen entstehen können. Das deutsche Volk weiß, was ein ihm in Freundschaft freigehaltener Weg nach Osten bedeutet und ist entschlossen, ihn zu betreten, nicht als Mittsteller und nicht als Eindringling, sondern als aufrechter Freund, und gemeinsam mit den Vätern der Sowjetunion aufzubauen, was durch den Krieg zerstört wurde. Wenn Rußland Deutschland hilft und Deutschland Rußland unterstützt, so bedeutet das Selbsthilfe.

Eine Friedensrede Herrichts

In Luxemburg wurde am Sonntag in Anwesenheit des französischen und des belgischen Ministerpräsidenten, sowie des belgischen Außenministers Symans ein Denkmal zur Erinnerung an die im Kriege gefallenen Luxemburger Freiwilligen und an die in Luxemburg beigefallenen französischen und belgischen Soldaten eingeweiht.

Ministerpräsident Herrichts hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er sagte: Frankreich will zuerst für die Sicherheit seiner Alliierten und für seine eigene Sicherheit arbeiten. Das ist mehr als sein Recht, das ist eine Verpflichtung, die allen Regierungen auferlegt ist. Wirkliche Sicherheit aber kann es nur im organisierten Frieden geben. Es genügt nicht, wenn man nach einem kurzweiligen Konflikt eine Reihe von Verträgen und Kompromissen, wie sie so vielen Kriegen ein Ende bereitet hat, schafft. Die Verträge, die unantastbar sind, müssen einer allgemeinen Organisation vorausgehen, für die wir die Grundzüge jünger in Genf festgelegt haben. In diesem Werk arbeitet Frankreich mit aller seiner Kraft. Es fordert Europa und die Welt zum Frieden auf. Sobald man sich dieser mühsamen Arbeit unterzieht, zeigt sich, daß sie eine Technik des Friedens ist, die unendlich verwickelt ist und die sehr langwierige und schwierige Studien erfordert. Die Geister müssen sich miteinander verbinden, und die Völker müssen ihre Unterstützung leisten, wenn man in Freiheit arbeiten soll.

Auch der belgische Ministerpräsident Theunis hat in seiner Rede von dem unsicheren Frieden gesprochen, der in einen wirklichen Frieden umgewandelt werden müsse. Eine Welt ohne Frieden ist nach seiner Ansicht für die Gefallenen eine Ironie und ein trügerischer Frieden.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer

Unter Berücksichtigung der Umsatzsteuererhöhung gemäß der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über die wirtschaftlich notwendigen Steuererleichterungen vom 10. November ist mit Wirkung vom 1. Januar 1923 der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 v. H. auf 1 1/2 v. H., der Satz der erhöhten Umsatzsteuer von 15 auf 10 v. H. herabgesetzt worden.

In den Durchführungsbestimmungen wird in entsprechender Weise mit der Ermäßigung der Umsatzsteuer zum 1. Oktober ein zivilrechtlicher Anspruch auf einen Preisnachlaß in Höhe von 1/2 oder 5 v. H. für Leistungen aus solchen Verträgen gewährt, die vor dem Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten abgeschlossen wurden, aber erst nach dem 31. Dezember ausgeführt werden. Die Geschäftswelt wird jedoch schon jetzt darauf hingewiesen, daß dieser Anspruch selbstverständlich nicht für Leistungen aus Verträgen eingeräumt werden kann, die zu der Zeit abgeschlossen wurden, zu der den Vertragsschließenden bei der Preisvereinbarung die Senkung der Steuerföge bekannt gewesen sein muß.

Gegen den Abbruch der Luftschiffhalle in Friedrichshafen.

Der Aeroklub von Spanien hat an die Fédération aeronautique internationale, der auch Deutschland bis zum Weltkriege angehörte, zu Händen des Aeroklubs von Argentinien folgendes Telegramm gerichtet: „Der Aeroklub von Spanien bittet die Fédération dringlich, bei den alliierten Regierungen vorstellig zu werden, daß die Luftschiffhalle in Friedrichshafen im Interesse der Weltluftfahrt nicht zerstört werde. Der Aeroklub von Spanien ist überzeugt, daß die Halle in Friedrichshafen ein Element ersten Ranges für den Fortschritt der Weltluftfahrt darstellt und bittet die F. A. I., bei den alliierten Regierungen seinen Wunsch, daß diese Halle nicht zerstört werde, zu unterstützen.“

Badisches Landesstheater

Neuinszeniert und in neuer Inszenierung
Faust (I. Teil)
Tragedie von Goethe.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Die Inszenierung von Goethes Faust (I. Teil) — noch mehr allerdings der II. Teil — stellt Spielleiter wie Darstellern schwierigste Aufgaben. Daraus ist es zu erklären, warum die Bühnengeschichte des Werks, die schon zu Lebzeiten Goethes einsetzte, es bisher noch nirgends zu einer unbedingt befriedigenden Lösung des Inszenierungsproblems brachte. Wenn daher festgestellt werden kann, daß Spielleiter und Darsteller gleichermaßen mit hingebungsvollem Ernst und offenkundigem Fleiß sich ihren vielfältigen Aufgaben widmeten, so sei ihnen damit der wohlverdiente Dank ausgedrückt. An Vorbereitung ließ die Aufführung nichts zu wünschen übrig und dafür gebührt allen Mitwirkenden volles Lob. Dies sei um so bereitwilliger betont, als die Aufführung in ihrem künstlerischen Effekt, und zwar im Ganzen wie in Einzelheiten, in Regie wie in Darstellung mich nicht befriedigte.

Das erste Problem, das die Inszenierung stellt, ist die dramaturgische Lösung, wie die außergewöhnlich lange Dichtung von mehr als vierzehnhundert Versen in einen Abend zusammengefaßt werden kann. Der Spielleiter Felix Baumbach hat, abgesehen von dem für die Handlung zweifellos überflüssigen „Walpurgisnachtstraum“, alle Szenen gebracht und damit mit Recht, wie es ja jetzt wohl an allen größeren Bühnen üblich sein dürfte, auch die „Walpurgisnacht“ selbst eingeschlossen. Im einzelnen hat er allerdings den streichenden Stoff waltend lassen, und ich muß leider sagen, nicht immer in glücklicher Weise, so etwa in der Szene „Vor dem Tor“, wo gerade dichterisch besonders wertvolle Verse getriden wurden. Doch im allgemeinen darf wohl gesagt werden, daß Baumbach mit feinfühligem Takt und gebührender Ehrfurcht sich der Dichtung näherte.

Das zweite Problem war nun, die Aufführung zeitlich nicht übermäßig auszudehnen. Da verdient der Spielleiter wiederum Lob, daß er es bühnentechnisch verstanden hat, bei der Gestaltung des nahezu vollständigen Textes die Zeit von vier Stunden kaum zu überschreiten. Er erreichte dies durch verein-

fachte Bühnenbilder auf einer frontal dreigeteilten Bühne; diese Dreiteilung geschah mit Hilfe von Estraden, die im rechten und linken Bühnendrittel festwärts leicht anstiegen. Der Bühnenraum konnte dadurch mit großer Schnelligkeit zu intimen Wirkungen eingeeignet, zu anderen erweitert werden.

Dieser Einsatz war glücklich, wenn er mir auch nicht in allen Szenen durchführbar scheint. Das Verlangen der großen Szene „Vor dem Tor“ möchte ich teilweise auf diese Bühneneinteilung zurückführen. Diese Szene schien mir bühnisch die schwächste der ganzen Aufführung. Was wir von ihr erwarten, das mannigfaltige fröhliche Osterreiben der Bevölkerung in mittelalterlicher weiter hügeliger Landschaft, kam nicht zustande. Sie zerflatterte in viele Einzelbilder, wie der gesamte Bühnenaufbau durch die die Bühnenmitte beherrschende Brücke das wünschenswerte einheitliche Landschaftsbild zerstörte. Ich weiß nicht, ob die Erfindung dieser Brücke, die noch wiederholt in anderen Szenen wiederkehrte, von Baumbach stammt oder von dem Bühnenmaler Ludwig Siebert. Der künstlerisch sicherlich zu unseren ersten Bühnenmalern zählende Siebert hatte aber, wie ich mich zu erinnern glaube, auch die Bilder zu Dagemanns Mannheimer Inszenierung von 1908 geliefert, wo gerade diese Szene des Osterparterganges besonders gut geclüht war.

Im gleichen Jahr war allerdings auch die denkwürdige Kaufaufführung im Münchener Künstlertheater mit Hilfe der Kaufaufführungen des Malers Fritz Erler, wo die realistischen Zielsetzungen der Kaufinszenierungen grundsätzlich verlassen wurden. Mag sich auch im einzelnen seitdem viel gewandelt haben —, dochwischen fallen ja noch verschiedene beachtenswerte Aufführungen, die erinnern nur an die Reinhardt's in Berlin 1909 und Lewingers in Dresden 1914 —, im Ganzen bestreite man sich von nun an, zum mindesten immer Kompromisse der realistischen und ästhetischen Inszenierung zu finden, wobei nach dem Kriege entsprechend der expressionistischen Kunstströmung das ästhetische leicht die Vorherrschende gewann.

Wannmal wurde man auch bei Baumbach-Sieberts Inszenierung trotz aller Abwandlungen noch an jene Münchener Aufführung erinnert, so gleich in der Expositionszone des „Prologs im Himmel“, wo in der Mitte der Bühne auf erhöhtem Standpunkt die drei tiefenhaften Erzengel in streng geschlossener Form sich vom blauen Himmel abhoben. Dieser

Badischer Teil

Der Freiburger Kommunistenprozeß

Freiburg, 15. Nov. In der heutigen Fortsetzung der Verhandlung findet der Vorsitzende einen Widerspruch darin, daß nach Erreichung des Verhandlungsziels der Angeklagte Herber an die vor dem Bezirksamtsgebäude harten: Menge eine Ansprache gehalten und dabei ein Hoch auf die Arbeiter und Bauernregierung ausgebracht habe, während die Verteidigung an diesem Hoch an die Arbeiter und Bauernregierung nichts besonderes findet, da dies bei solchen Versammlungen häufig der Brauch sei. Auf eine besondere Frage des Reichsanwaltes betonte Oberamtmann Gräfer-Karlsruhe noch, daß das Verhalten der Schupo zu bewundern gewesen sei. Um das Verhalten der Schutzpolizei klarzustellen, der von der Verteidigung vorgeworfen wird, daß sie „wild“ geworden sei, hat der Anlagebevollmächtigte Montag die dabei beteiligten Schupo-Beamten geladen, worauf die Verteidigung mit der Erklärung erwiderte, daß sie ihrerseits gleichfalls zahlreiche Zeugen laden werde, die Auskunft darüber geben würden, daß die Schupo zu Mißhandlungen gegriffen hätten.

Als nächster Zeuge wurde Oberamtmann Gräfer-Karlsruhe, früher in Rorschach, bezeugt und vernommen. — Zu den Vorgängen vom 14. und 17. September wollte der Zeuge von einer Rede Herbers nichts wissen. Er sei jedoch aufgefordert worden, zur Verbeugung der Fabrikanten ein Auto zu beschlagnahmen, wozu er sich schließlich bereit erklärt habe. Zeuge hatte den Eindruck, daß es Herber nicht so ernst war, die Arbeiter von der Schupo abzuhallen. Am 14. vormittags habe Herber nach Beendigung der Vorverhandlungen im Bezirksamt vor dem Gebäude eine sehr leidenschaftliche Sprache gehalten, den Generalfreitag proklamiert und gesagt, der Kampf beginne jetzt. Deutlich habe er auch gehört, daß Herber ein Hoch auf die Arbeiter- und Bauernregierung ausbrachte. — Herber bekannte sich hierauf dazu, daß er ein Hoch auf die Arbeiter- und Bauernregierung ausgebracht habe, den Generalfreitag habe er jedoch nicht proklamiert, sondern lediglich konstatiert, daß der Generalfreitag perfekt sei.

Der Zeuge Arbeitersekretär Adolf Kistlich äußerte sich über die damalige wirtschaftliche Lage in Rorschach und Umgebung und erklärte, die Bewegung sei spontan aus sich heraus gekommen, wozu die Wirkung der Kollage die Ursache geboten habe. Die Arbeiterchaft sei auf neue erregt worden, als man erfuhr, daß ein Teil der Arbeiterbevollmächtigte am 16. September in Karlsruhe weilte. Wenn auch die eigentlichen Beweggründe hierfür nicht bekannt gewesen seien, so habe die Arbeiterchaft wohl angenommen, daß die von den Arbeitgebern gestufte Fühlungnahme mit der badischen Regierung in einem der Arbeiterchaft nicht günstigen Sinne erfolge. Er habe bereits damals von der Entsendung von Schupo nach Rorschach dringend abgeraten, weil er voraussetzte, daß der Einsatz von Schupo die Arbeiterchaft nur noch mehr erregen müsse. — Sehr schwierig gestaltet sich die Vernehmung der als Zeugin geladenen Frau Marie Bernauer, die bei ihrer Vernehmung am 5. Oktober 1923 unter Eid bekundet hatte, sie habe den Angeklagten Hermann Herber gegen 14 Uhr unweit des Viehmarktplatzes gesehen. Sie habe auch gesehen, wie Herber, der auf der Straße ging, auf der rechten Seite ein Gewehr hängen hatte. Die Zeugin Bernauer könne sich jetzt der Vorgänge und der damaligen Aussagen nicht mehr genau erinnern, da infolge einer zehn-wöchigen Erkrankung an Nervenleiden ihre Erinnerungsvermögen eingeschränkt sei. Sie könne sich auch noch der Begegnung mit Herber erinnern, aber nicht mehr mit Bestimmtheit ausgeben, ob der Gegenstand, den Herber am rechten Arm hatte, ein Gewehr gewesen sei. — Zwei Zeugen, die von der Verteidigung als Entlastungszeugen gestellt worden waren, sagten aus, sie hätten Herber beobachtet, wie er wiederholt herüber auf die Menge einzuwirken versucht habe. Einer dieser Zeugen, Edwin aus Rorschach, erklärte, nach seinem Dafürhalten seien die ersten Schüsse aus den Reihen der Demonstranten gefallen. Herber habe sofort versucht, die Menge zurückzubringen, und habe dann den Zug nach Stellen mitorganisiert, um die Demonstranten von der Schupo fortzubekommen. Mit einem Gewehr habe er Herber nicht gesehen. Um 2 1/2 Uhr nachmittags wurde die Fortsetzung der Verhandlung auf Montag vormittag 9 Uhr vertagt.

Freiburg, 17. Nov. In der heutigen Verhandlung war eine starke Gruppe Zeugen geladen, darunter sechs Schupo-Beamte, deren Vernehmung die Reichsanwaltschaft beauftragt hatte, damit die Schupo sich zu der Behauptung der Verteidigung, sie sei wild geworden, äußern könne. Die Verteidigung griff hochmal auf eine Frage zurück, die am Beginn der ganzen Verhandlung schon behandelt worden

Szene das entsprechende Bühnenbild zu geben, gehört zu jenen Aufgaben, deren Lösung kaum jemals reiflos befriedigend wird. Doch gerade in Würdigung dieser Unlösbarkeit dürfte dem hiesigen Versuch achtungsvolle Anerkennung nicht verweigert werden. Wenn die Szene trotzdem enttäuscht, so lag dies an der Sprachbehandlung der Erzengel. Es wurde mit Nachdruck versucht, die Verse auf ihren Gehalt auszubilden, woraus ein psychologischer Vortrag entstand. Die Verse sind aber von solcher Rationalität so weit wie möglich entfernt, wie schon ihr widerwärtiger Inhalt beweist, und haben ihre Bedeutung vor allem in dem wunderbar strömenden Mythos, der in seiner erhabenen Tragweite über alles Irdische hinaus die Sphärenharmonie erahnen läßt.

Das Bühnenbild des „Studierzimmers“ Fausts dürfte mit Recht den visionären Charakter vorherrschend betont haben. Die gewaltig aufstrebenden geteilten Massen bilden den eindrucksvollen und ausdrucksvollen Hintergrund zu dem am schreibstisch sich zerkämpfenden Faust und zweifellos sind in solcher unrealistischen Raumgestaltung Geisteserscheinungen viel leichter mitzuerleben als in dem üblichen realistischen Studierzimmer, das zudem meistens noch in Verkennung von Goethes Regiebehandlung gotischen Architekturcharakter trägt.

„Auerbachs Keller“ ließ es trotz des Gemüdes und der schwarzen Tische an überzeugender Illusionskraft fehlen. Man vermühte trotz der guten schauspielerischen Darstellung den Weindunkelkreis des Kellers. Vielleicht hätte der Raum doch kleiner und einige Grade dunkler beleuchtet sein dürfen. Die ganze Handlung entbehrte der keinen Stimmungszüge und wirkte in ihrer Gedrängtheit matt und nüchtern, und daran lag wohl auch das Verlangen des Bühnenbildes.

Die „Ostentade“ war bühnenbildlich noch weit schwächer. Es fehlte alles Gespenstische und Geheimnisvolle. Selbsthaft und klar fand der Reisel in der Bühnenmitte, und nur Verm. Brans Spiel als Hexe mit dem mißwöhnenden Gespiet und den grotesken Sprüngen brachte einigermaßen Illusion.

Aberaus schwach war auch das Bild von Gretchen's Zimmer. Hier verlangen wir denn doch etwas mehr als eine Zimmerdecke mit einem Kissen und einem Kasten. Die Bedeutung der ganzen Zimmeratmosphäre wird in der Dichtung so nachdrücklich betont, daß ein derartig kahler Ausschnitt unerträglich

war, nämlich die Frage des Weiterbestehens der Immunität des Abg. Vogt. Die Verteidigung verlas in dieser Sache eine Mitteilung des Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner, wonach die Sitzungen des badischen Landtages nicht geschlossen wurden, sondern lediglich bis nach der Reichstagswahl unterbrochen worden sind, daß somit die Feststellung der Staatsanwaltschaft, daß die Immunität des Landtages infolge Schließung der Landtagsession nicht mehr bestehe, illusorisch geworden sei. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Löffler bemerkte demgegenüber, daß die Entscheidung in dieser Frage vorläufig hinfällig sei, da bekanntlich noch nicht verhandlungsfähig und die Abg. Unger flüchtig sei.

Der Zeuge Zugwachmeister Franz Hügel erklärte, daß die Schupo Beamten sich sehr zurückhaltend benommen hätten, trotzdem sie seitens der Menge andauernden unehrerliche und unflätigen Beschimpfungen ausgesetzt waren. Versuche der Verständigung hätten zur Folge gehabt, daß aus der Menge ein Schuß gefallen sei, der einem der Beamten knapp hinter den Kopf vorbeigegangen sei. — Hauptmann Mühe betonte, daß ein Teil seines Kommandos aus einem Maschinengewehr geschossen habe, als eine 2-400köpfige Menge schließlich zum Sturm vorging und im Begriff war, die Drahterhaue niederzureißen. Bei dieser Schießerei gab es einen Toten und mehrere Verwundete. Den Fall der Notwehr betonte auch der als Zeuge vernommene Zeuge Major Winterer. Nach dem übereinstimmenden Aussagen der von ihm benannten Beamten sei damals aus den Fenstern der Brauerei Reiter und aus Dachfenstern auf die Schupo geschossen worden. Ein Sturm auf die Drahterhaue bezeichnete der Angeklagte Max Büche als unmahr.

Es wurde sodann mit der Vernehmung des Angeklagten Johann Steiner Kaufmann aus Mannheim, begonnen, der Kommunist ist und 1922 in Moskau war. Seine Reise nach Vörsach mit dem Angeklagten Vogt sei rein zufälliger Natur gewesen. Er sei weder nach Vörsach geholt, noch von der Massenzentrale Ost nach Vörsach geschickt worden. Auch Verhöre als Bezirksleiter der SPD. sei keine Mitteilung darüber gemacht worden. (Verhöre hatte dagegen seinerzeit das Gegenteil ausgesagt.) Der Angeklagte verbreitete sich dann in seiner ausführlichen Weise, vom Vorhinein wiederholt darauf aufmerksam gemacht, er solle sich kürzer fassen, über die Ziele der kommunistischen Partei unter besonderem Hinweis auf den feineren in Leipzig abgehaltenen Parteitag der SPD., auf dem das sogenannte Brandler'sche System die Oberhand gewonnen habe. Nach Brandler war das Ziel der Partei die Einrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, aber nicht auf illegalem Wege unter Anwendung von Machtmitteln. — Der Angeklagte wollte unter Anführung dieser Angabe beweisen, daß damals die SPD. gar nicht danach strebte, die Herrschaft mit Anwendung von Gewalt an sich zu reißen, wenn er an sich auch nicht leugnete, daß naturgemäß das Endziel der Partei die Übernahme der Gewalt bilde. Zu den Vorgängen in Vörsach selbst übergehend erklärte der Angeklagte, daß auch der Angeklagte Langendorf aus Friedrichsfeld zufällig in Vörsach gewesen sei, da er vor Antritt einer neuen Stellung im Schwarzwald im Hause seiner Schwiegereltern in Vörsach wohnen wollte. Während seines Aufenthaltes in Vörsach sei dann ein unbekannter Genosse unter dem Decknamen eines Hans Martin an ihn herangeritten und habe ihn nach Reuthe im Schwarzwald zu einer SPD.-Versammlung schicken wollen, da dort über Vorbereitungen beraten werden sollte, die geeignet gewesen wären, dem drohenden Ansturm der deutschnationalen entweder entgegenzukommen oder ihnen auch zuvorzukommen. — Auf die Frage des Vorhinein, ob er nicht dieser Hans Martin selbst sei, erwiderte der Zeuge, daß es eine Behauptung, die er nicht erwies. Über die mangelnde Persönlichkeit dieses Hans Martin verzweifelte der Zeuge jede Aussage, wie er überhaupt auch auf Fragen des Vorsitzenden über andere Angeklagte erwiderte, daß er fragte die sich auf seine Genossen bezogen, prinzipiell nicht beantworten werde.

Erhebung von Brückengeld für die Benützung der Rheinbrücken bei Mainz, Speyer und Mannheim

Nach dem Übergang der zurzeit im Regiebetrieb befindlichen Strecken der Reichsbahndirektion Ludwigshafen (Rhein) am 16. November 1924 in den Betrieb der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wird ab genanntem Zeitpunkt für die Benützung der vorgenannten Rheinbrücken durch Tiere, Fuhrwerke und Kraftfahrzeuge wieder, wie vor der Einrichtung des Regiebetriebs, ein Brückengeld erhoben. Die Höhe des Brückengeldes ist aus den auf den Übergangsstationen Mainz, Lühlfeld und Mannheim angeschlagenen Tarifen zu ersehen.

wirkt. Im Gegensatz dazu war Frau Rathes Haus durchaus zureichend und auch das Gartenbild könnte zur Not genügen.

Ganz visionär wieder war die Szene „Wald und Höhle“ gehalten und sicherlich mit vollem Recht. Doch hier mit Richtwirkung gearbeitet wurde, ist ebenfalls durchaus begründet, aber unverständlich blieb nur, warum der in der Bühnenmitte vor dem Höhleneingang sitzende Faust von links her grün und von rechts her rot beleuchtet wurde. Die Doppelnatur Fausts in Ehren, aber solche Zweifelsartigkeit ist zu grotesk, um ernsthafte Zurückweisung zu verdienen.

Als schönste Bildwirkung empfand ich die Bannenszene. Hier war Monumental gestaltet und, da es eine Urfaustszene aus der Sturm- und Drangzeit ist, mit innerer Berechtigung. Dagegen schien mir wieder die Zwingerszene dem Geiste der Dichtung zu widerstreben. Zweifellos war die Lösung theatralisch wie bildhaft sehr wirkungsvoll. Aber der ganze Jammer des gebrochenden, ringenden Menschentums wäre vor einem realen Muttergottesbilde an einer Mauerrede echter und überzeugender geworden und zwar gerade durch die Schlichtheit, als in dieser barschaftlichen Entladung. Weit eher leuchtete mir die Bildidee des Domes ein, wenn ich auch die wagrechte Lichterreihe des Hintergrundes eher geteilt gewünscht hätte und vor allem das Grotchen nicht in solch pralles Scheinwerferlicht gestellt hätte. Aber denselben Fehler beging man in der Kerkerszene, die gefühlsmäßig eher Halbdommel verlangt. Diese Methode, den Eingelassenen in grellen Lichtegel zu stellen, tut sicher in gewissen Fällen gute Dienste, aber gerade bei der Darstellung inneren seelischen Jammers und Schmerzes, wirkt sie einschüchternd, roh, kinostatisch. Und gerade die Grotchenartstellung, die so ganz auf Schlichtheit und Innigkeit gerichtet ist, muß durch solche Überaufklärung und Unterstreichungen unrettbar zerstört werden.

Zum Schluß noch ein Wort zu der Inszenierung der „Walpurgisnacht“ die mit Aufgebot aller Kräfte zum Grausigen, Gespenstlichen, Un-Menschlichen gestaltet werden sollte. Es war zweifellos ein Hüllentwurf. Auch bildlich schien mir die Szene im allgemeinen gegliedert. Ich verstand nur nicht, warum der Berg ständig sich wie ein bäumendes Pferd auf und nieder bewegte; der wohl erstrebte Eindruck des Bergbesteigens wurde durch diese Menschenaufbewegung jedenfalls nicht erzielt. Wenn aber die Szene trotz des großen Aufwands in ihrer

Die Wahlen im besetzten Gebiet

Nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes haben die Regierungen der Besatzungsmächte Erklärungen abgegeben, die erwarten lassen, daß die Freiheit der Reichstagswahl und der Wahlagitation in den besetzten Gebieten nicht beeinträchtigt werden wird.

Aus der Landeshauptstadt

Trauerfeier für Max Hoepfner.

Zum zweiten Male binnen einer Woche sah die hiesige Friedhofkapelle eine große Schar von Leidtragenden. Wiederum galt es, einer stadtbekanntem, allgemein geachteten und beliebten Persönlichkeit die letzte Ehre zu geben. Es war der im 70. Lebensjahr nach 24jähriger schwerer Krankheit verstorbenen Brauereidirektor Max Hoepfner, der am Samstag nachmittag zu Grabe getragen wurde. Neben dem Bewandten bemerkte man u. a. die hochbetagte Haushälterin des Entschlafenen, die schon über 50 Jahre im Dienste der Familie Hoepfner steht, und ihren nun heimgegangenen Herrn von der Kindheit an bis zum Tode mit Hingebung betreut hat. Ferner war zu gegen der intime Freundeskreis, sowie das abkömmliche Personal der Brauerei Hoepfner.

Nach Orgelspiel sang der Männerchor „Abendgold“, das schöne Lied „Süh und Ruhig ist der Schlummer“, worauf der Geistliche, Stadtpfarrer Weidenmeier von der evang. Osthauptstadt, den Lebenslauf des Verbliebenen schilderte. Aus einem alten Brauereigeschicht stammend, übernahm er in gereiften Jahren die kaufmännische Leitung des väterlichen Geschäfts, dem er sich nebst seinem Bruder mit unermüdlichem Schaffens-eifer und nicht ohne Erfolg bis in seine alten Tage widmete. Seiner anschließenden Gedächtnisrede legte der Geistliche die Worte des Gleichnisses zugrunde: „Ein Sämann ging aus, um Samen zu streuen“. Er umschrieb den Pflichterweis des Menschen und zog daraus die Folgerung: Wie die Saat, so die Ernte! Auch der Entschlafene sei ein Sämann im guten und schönen Sinn gewesen, ein rastloser Arbeiter, der an dem Emporkommen des Betriebes hervorragenden Anteil hatte. Aber auch im Geschäftsleben sei der Mensch nicht untergegangen; er war immer von liebenswürdigem Wesen gegen den jüngsten Angestellten und einfachen Arbeiter, in denen er den Menschen achtete. Das sollte eine Grundregel sein für unseren Verkehr miteinander. Selbst unehelicher, lag ihm das Wohl seiner Angehörigen am Herzen. Er war bei seinen Freunden gern gesehen und ob seines reichen Wissens ein geschätzter Unterhalter. In seinen Ruhestunden betätigte sich Hoepfner als feinsinniger Sammler und eifriger Schürer in der Kunstgeschichte. Nun werde er selbst als gutes Samenorn der Erde zurückgelassen; sein Vorbild möge für uns, die Lebenden, gute Früchte bringen.

Nach einem kurzen Gebet des Geistlichen legte Braumeister Kinkel im Auftrag des gesamten Personals der Brauerei unter Worten höchster Verehrung für den allseitig freundlichen, von allen geliebten Direktor einen Kranz an der Bahre nieder. — Ein Gelobort von Willi Eber und der erhebende Chorgesang „Nun ruhe in Frieden“ gaben der schlichten Trauerfeier in der Kapelle einen harmonischen Abschluß. Darauf wurde der Sarg unter Orgelklang zur Familiengruft in der Friedhofstraße getragen und dort unter dem Gebet des Geistlichen beigesetzt.

Landestheater. Am Dienstag, dem 18. d. M. findet hier ein hochinteressantes Gastspiel statt. Der in Österreich und in ganz Deutschland hochangesehene und berühmte Bassist Richard Mayr von der Staatsoper in Wien wird ein einmaliges Gastspiel als Ochs in Strauß' „Rosenkavalier“ abspielen. Mayr ist seit Jahren als einer der bedeutendsten Mitglieder der Wiener Staatsoper bekannt. — Am Mittwoch, dem 19. November, geht die neuinstudierte Tragödie „Gugus und sein Ring“ von Friedrich Heibel zum drittenmal in Szene. Die erste Wiederholung von Goethes „Faust“ (1 Teil) erfolgt am Freitag, dem 21. November. — Als achte Aufführung in der neuen Spielzeit geht am Samstag, dem 22. November, Georg Kaiser's Schauspiel „Kolportage“ in Szene, ein Werk bewährter Verfasserschaft, das durch den Titel bezeichnete Literaturgattung, das bei seinen bisher erfolgten Aufführungen ausnahmslos höchsten Publikumserfolg davontrug. Als diesjähriges Weihnachtsspiel wurde das Regenerispiel „Marienkind“ von Karl von Felner zur Aufführung erworben. — Die Verurteilung des Operndirektors Kortezolis hat sich wieder verschlimmert; Staatskapellmeister Koretz ist für einige Tage krank gemeldet. Die Leitung des 2. Symphonieorchesters ist deshalb Kapellmeister Scherchen aus Frankfurt a. M. übertragen worden.

Wirtung versagte, so liegt es eben auch hier so wie im „Prolog im Himmel“, daß eine restlos befriedigende Lösung überhaupt nicht zu erwarten ist.

Im ganzen hat also die neue Inszenierung von Baumbach-Siewert sich auf richtigen Bahnen bewegt, ohne aber künstlerisch immer zu befriedigen, da allzu häufig statt der inneren Weselung ein äußeres Pathos, statt intimer Milieuwirkung Persönlichkeit hervortritt, während andererseits wieder gerade visionäre Szenen sehr wirkungsvoll und symbolträchtig gelangen. Neue Bahnen aber würde die Inszenierung auch dann nicht zeigen, wenn die gerügten Miß- und Abstände abgestellt würden.

Das letzte und wichtigste Problem jeder Aufführung endlich ist die Einzeldarstellung. Da liegt es zunächst dem Spielleiter ob, den richtigen Künstlern seines Personals die richtigen Rollen zuzuwiesen. Darin hat aber Baumbach — unbegrifflicher Weise nach seiner doch schon so häufig bewiesenen Urteilskraft — versagt. Ich habe noch nie Nob. Büchners starke Begabung für gewisse Rollen gелеuget, wenn ich die ihr geforderten Begrenzungen auch nicht scharf betonte. Aber daß er zur Darstellung des Faust nicht berufen sei, das konnte doch Baumbach nicht unklar sein. Warum er trotzdem diese Wahl traf und damit seine ganze fleißige Arbeit gefährdete und teilweise zerstörte, wo er doch andere Kräfte wie etwa den neu verpflichteten Siegfried Münzberger, der als Valentin eine sehr beachtliche Leistung bot, zur Verfügung hatte, ist einfach unbegreiflich. Solcher Mißgriff in der Besetzung ist umso bedauerlicher, als auch der Darsteller in eine unglückliche Lage kommt, indem von ihm etwas gefordert wird, was er seiner künstlerischen Veranlagung nach einfach nicht bewältigen kann, wo er also versagen muß, trotz aller persönlichen Anstrengung. Und an dieser liegt es Nob. Büchner wirklich nicht fehlen. Er hat eine fleißig durchgearbeitete und ausgefeilte Leistung, für die ihm trotz des Vorzuges im ganzen Dank gebührt. Entsprechend seiner vorwiegend intellektuellen Begabung schuf er eine jeden Vers psychologisch analysierende Darstellung, die überaus durchdacht und klug wirkt, aber alles Erlebhaften ermangelte, die deshalb sepißförmig und gespenstisch wirkte und der großen sieghaften Kraft entbehrte. Gerade die Doppelnatur, die Zweifelsartigkeit Fausts, auf der die ganze Charaktertragödie doch aufgebaut ist, ging verloren. Alles Größliche wurde stark herabgedrückt, aber dann hörte es auf.

Falkmünzer vor Gericht. Das große Schöffengericht in Karlsruhe verhandelte gestern den ganzen Tag über gegen 7 Angeklagte, die zu Beginn dieses Jahres in Karlsruhe, sowie in den Nachbarstädten von ihnen gefälschte Ein- und Zehn-Marknoten der Reichsbank abzugeben versucht hatten. Das Urteil wurde in später Nachmittags gefallt und lautete gegen den 24jährigen Graveur Eduard Beder sowie dessen Bruder, den 42jährigen Eisenbahnsekretär Karl Beder, und den Uhrmacher Arthur Träger auf je 3 Jahre Gefängnis, gegen die beiden Brüder Karl und Wilhelm Träger auf 1½ bzw. 2 J. Gefängnis, gegen den Kellerer Reinhard auf 2½ J. Gefängnis, und gegen die Ehefrau des Karl Beders auf ein Jahr Gefängnis. Ein Teil der Untersuchungshaft wurde angerechnet. Mit Ausnahme der Frau Beder wurden sämtlichen Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, und zwar bei den beiden Beder und dem Arthur Träger auf die Dauer von 5 Jahren, bei den übrigen Angeklagten für 3 Jahre.

Kurze Nachrichten aus Baden

13. Forzheim, 12. Nov. Durch Schiedsspruch wurde der Spierenlohn in der Schmiedwarenindustrie um 3 Pf. erhöht. Der Arbeitgeberverband hat den Schiedsspruch abgelehnt.

13. Breisach, 14. Nov. Die vor einiger Zeit im Gebiete des Kaiserstuhles gegründeten Wingerzgenossenschaften haben sich zur gemeinsamen Interessenvertretung zu einem „Verband Kaiserstuhler Wingerzgenossenschaften“ mit dem Sitze in Breisach zusammengeschlossen. Der Verband bezweckt die Förderung und die wirtschaftliche Ordnung des Weinbaues, einheitliche Behandlung des gewonnenen Erzeugnisses und gemeinsame Vertretung bei den in Frage kommenden Interessen.

13. Birmingen, 1. Nov. Gestern erfolgte hier die Bannerweihe der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Die Feier wurde am Samstag abend durch einen imposanten Fackelzug eingeleitet. Gestern vormittag trafen zahlreiche auswärtige Ortsgruppen, besonders stark aus Ofenbürgen, Schwemmingen, Konstanz und Triberg hier ein und der geschlossene Festzug am Nachmittag zeigte mehrere hundert einheitlich uniformierte Republikaner in den Straßen Birmingens. Der Saal der Festhalle, in welchem der Weiheakt stattfand, war von Teilnehmern überfüllt. Die Weiherede hielt der Gausvorsitzende Dr. Kraus-Mannheim. Außer ihm sprachen Rechtsanwält Benedy-Konstanz und Gewerkschaftssekretär Fährber-Karlsruhe.

13. Waldkirch, 12. Nov. Die rege Bautätigkeit hat hier trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit noch nicht nachgelassen. Es handelt sich hauptsächlich um Bauten der Firma Gütermann-Gutach und der Baugesellschaften. Wie verlautet, beabsichtigt die erstgenannte Firma bis zum Frühjahr 34 neue Wohnungen zu erstellen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Nov.		14. Nov.	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	168.83	169.17	168.18	169.02
Kopenhagen 100 Kr.	73.91	74.29	73.96	74.34
Italien . . . 100 L.	18.13	18.23	18.20	18.30
London . . . 1 Pf.	19.41	19.51	19.43	19.53
Newport . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.15	22.27	22.19	22.31
Schweiz . . . 100 Fr.	80.76	81.16	80.74	81.12
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.94	5.90	5.93
Prag . . . 100 Kr.	12.49	12.55	12.48	12.54

Zuteilung überall 100 Prozent

Die Preussische Zentral-Renten-Kredit-Gesellschaft veröffentlichte in der vorhergehenden Nummer einen Hinweis auf ihre neuen Prozent. Zentral-Geld-Pfandbriefe, die bis 1931 nicht rückzahlbar sind und spätestens 1930 getilgt sein müssen. Sie sind durch Pfandbriefhypotheken auf ländliche und städtische Grundstücke gedeckt; Kapital und Zinsen werden nach Pfandbriefwert in Reichsmark gezahlt. Der erste Zinschein mit Zinsen ab 1. Oktober ist bereits am 2. Januar 1925 fällig. Die Stücke lauten über 105, 420, 1050, 2100 und 4200 Goldmark. Die Pfandbriefe sind an der Berliner Börse zugelassen, und zum jeweiligen Tageskurs sowohl bei der Gesellschaft, wie bei ihren Zahlstellen und den übrigen Bankfirmen erhältlich. In den letzten Tagen war die Kursnotiz einschließlich Zinsen 84 Prozent.

Beder das über das Denkerische hinausgehende Seherische des kontemplativen Faust, noch das Sinnlich-Irische des aktiven Faust kamen zur Geltung und so versagte vor allem der junge Faust. Dieser bot schon äußerlich nicht das Liebendwürdig-Siegerische, das Don Juaneske der Gestalt.

U. v. d. Trenn-Urtief wußte zweifellos aus der Rolle des Mephistopheles mehr herauszuholen, obwohl auch bei ihm die Gesamtleistung nicht befriedigte. Schon im „Prolog im Himmel“ vergriff er sich im Ton. Obwohl er eben erst zu sprechen hatte, „Mein Pathos bräute dich gewiß zum Lachen“, keh er dem Pathetischen doch allzu sehr Raum. In den komischen Szenen war er entschieden besser als in dem ersten. Es fehlte bei ihm das Übertragende; der Hofmann geriet, der Teufel mißriet, das Diesseitige war zureichend, das Jenseitige fehlte. Auch hier fragt es sich, ob der so oft bewährte verdienstvolle Künstler nicht an falscher Stelle, Verwendung fand. Jedenfalls war aber mit dem obwohl im Grunde verabschiedeten Versagen der beiden Hauptdarsteller die ganze Aufführung mißlungen!

Daran konnte auch die freudige Überraschung nichts ändern, wie überaus glücklich M. Scheinffuß die Rolle des Gretchen gestaltete. Natürlichkeit, Natürlichkeit, Schlichtheit, Innigkeit, Wärme, Temperament: alles fand sich in ihrer Darstellung zusammen, um gemeinsam mit ihrer sympathischen äußeren Gestalt einen vollen nachhaltigen Eindruck zu bewirken. Leider wurde ihre Leistung durch die erwähnten Veleuchtungsfehler beeinträchtigt. Gerade das manchmal in ihrem Spiel leise etwas Unbeholfenes sich bemerkbar machte, geriet ihrer Gretchengestalt zum Vorteil. So hatte man denn daran einen ungetrübten Genuß.

Die zahlreichen weiteren Darsteller zu besprechen, verbietet der Raum. Es sei nur im ganzen betont, daß bei allen der der Aufführung überhaupt nachzurühmende Fleiß zu beobachten war, daß sie sich mit vollen Kräften ihren Aufgaben widmeten. Ein Wort sei nur über Mel. Ermath gesagt, die den bösen Geist in der Domzene sprach. Auch hier bemerkte man die schon erwähnte Tendenz der Aufführung, ins Einzelne gehend zu psychologisieren. So verständlich dieser Wille zur Ausdeutung der inneren Bewusstseinsqualen des romantischen Gretchens ist, so scheint mir doch damit das Monumentale der Dichtung dadurch gefährdet. Und an dieser großen Linie und einheitlichen Geschlossenheit fehlte es überhaupt der Aufführung. Prof. Dr. Karl Soll.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Der zwischen der abgeforderten Gemarlung Neuhaus-Gulenhof und der Gemeinde Ehrstädt, Amtsbezirk Sinsheim, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinfachung der abgeforderten Gemarlung mit der Gemeinde Ehrstädt mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 13. November 1924.

Der Minister des Innern
Reumelle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Oberregierungsrat Christian Specht im Ministerium des Innern zum Direktor des Oberverwaltungsamts Mannheim, Veterinärarzt Friedrich Neu im Ministerium des Innern zum Oberregierungsrat und Regierungsdirektor Dr. Otto Kersten zum Regierungsrat im Ministerium des Innern, Ministerial-Oberrechnungsrat Hermann Klenker beim Ministerium des Innern zum Regierungsrat.

Gendarmereioberwachmeister Adam Kleinböck in Wernau zum Gendarmereioberwachmeister; Gendarmereioberwachmeister Karl Haas in Unterwittighausen zum Oberwachmeister. Gendarmereioberwachmeister Ferdinand Schmitt in Stühlingen zum Gendarmereioberwachmeister.

Karlsruhe.

J.174 In das Handelsregister wurde heute zur Firma Thaleswerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung Maschinenfabrik Karlsruher Maschinenbau-Gesellschaft eingetragen: Der bisherige Geschäftsführer Emil Schubert, Betriebsleiter in Karstadt ist als solcher abberufen worden. Karstadt, 6. Nov. 1924. Amtsgericht.

Karstadt.

J.176 In das Handelsregister wurde heute zur Firma Fritz Gerlach & Söhne, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mechanische Schuhfabrik in Karstadt eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 25. Oktober 1924 ist die Bestellung der beiden Geschäftsführer Fritz Gerlach sen. und Josef Fritz, Kaufmann, beide in Karstadt, widerrufen. Geschäftsführer Johann Kessels in Kugsburg ist zum Geschäftsführer bestellt und dem Kaufmann Josef Fritz in Karstadt ist Prokura erteilt worden. Karstadt, 6. Nov. 1924. Amtsgericht.

Karstadt.

J.182 In das Handelsregister wurde heute zur Firma Süddeutsche Möbelindustrie Gebr. Treßner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karstadt eingetragen: Gemäß dem durchgeführten Gesellschafterbeschlusse vom 24. Oktober 1924 ist das Stammkapital von 16.000.000 Mark auf 4.400.000 Goldmark umgestellt und der Gesellschaftsvertrag in § 3 entsprechend der eingereichten Niederschrift, auf welche Bezug genommen wird, geändert. Karstadt, 5. Nov. 1924. Amtsgericht.

Karstadt.

J.193 In das Handelsregister wurde heute zur Firma „Strelma“ Strickwaren-Manufaktur, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karstadt eingetragen: In der Gesellschafterversammlung vom 27. September 1924 wurde die Gesellschaft aufgelöst. Zum Liquidator ist der bisherige Geschäftsführer Kaufmann Elias Piffner in Baden-Baden bestellt worden. Karstadt, 5. Nov. 1924. Amtsgericht.

Karstadt.

J.221 In das Handelsregister wurde heute zur Firma Metallhütte Baer & Co., Kommanditgesellschaft in

Karstadt.

J.222 In das Handelsregister wurde heute zur Firma Metallhütte Baer & Co., Kommanditgesellschaft in Karstadt eingetragen: Dem Kaufmann Karl Dittmann in Karlsruhe und des Kaufmanns Carl Gröple in Karstadt ist erloschen. Karstadt, 7. Nov. 1924. Amtsgericht.

Karstadt.

J.222 In das Handelsregister wurde heute zur Firma Metallhütte Baer & Co., Kommanditgesellschaft in Karstadt eingetragen: Dem Kaufmann Karl Dittmann in Karlsruhe und des Kaufmanns Carl Gröple in Baden-Baden ist Gesamtprokura erteilt. Karstadt, 11. Nov. 1924. Amtsgericht.

Sinsheim.

J.194 Handelsregistererträge: 1. Firma Apotheke in Kirchardt Jakob Gerold: Das Geschäft ging mit der Apotheke Jakob Gerold, Eva Verla geb. Ott in Kirchardt über. 2. Firma Jakob Diefenbach, Sinsheim: Das Geschäft ist auf den Kaufmann Leonhard Pappsdorf in Sinsheim übergegangen. Die Firma lautet jetzt: Jakob Diefenbach, Nachf. Leonhard Pappsdorf. 3. Firma Ludwig Frank & Co. Saale-Industrie Sinsheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Sinsheim, 8. Nov. 1924. Bad. Amtsgericht.

Stodach.

J.193 In das Handelsregister A Band I O.-Z. 188 wurde heute eingetragen: Firma Hermann Dubi, Nahrungsmittel- und Leinwandfabrikation in Ziegenhaußen. Prokura des Hermann Dubi, Kaufmann in Ziegenhaußen. Stodach, 10. Nov. 1924. Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Stodach.

J.249 In das Handelsregister A Band I O.-Z. 96 wurde heute eingetragen: Die Firma: Jährlings billiger Bazar, in Stodach ist geändert in „Kaufhaus Julius Jährling“. Stodach, 12. Nov. 1924. Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Tauberbischofsheim.

J.184 In das Handelsregister A Band II wurde zu O.-Z. 26 - S. Blum Söhne, Tauberbischofsheim - eingetragen, daß die Niederlassung nach Karlsruhe verlegt ist. Die Firma wurde daher im Handelsregister hier gelöscht. Tauberbischofsheim, den 10. Nov. 1924. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bericht: Revisionsinspektor Adolf Schwarz in Rastatt zum Bezirksamt Offenburg.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt: Landesökonomierat Frank Brugler in Rastatt. **In den Ruhestand versetzt:** Polizeiwachmeister Emil Scherz in Forstheim.

Justizministerium

Ernannt: Kanzleihilfe Alfons Weindel beim Rotariat Billingen zum Kanzleihilfen.

Bericht:

Notar Leopold Schweizer in Durlach nach Eberbach unter Zurücknahme seiner Versetzung nach Rastatt und Notar Dr. Wilhelm Rothfrit in Eberbach nach Durlach. Gerichtsvollwahrer Ferdinand Sandbach beim Amtsgericht Bonndorf zum Amtsgericht Freiburg und Justizinspektor Hermann Weber beim Amtsgericht Donaueschingen zum Amtsgericht Bonndorf.

Zurückgenommen:

die Versetzung des Notars Richard Langer in Rastatt nach Durlach.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Berichten:

dem planmäßigen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter beim Landesmuseum Dr. Otto Hamburger die Amtsbezeichnung Professor.

Ernannt:

Bibliotheksassistent Friedrich Löss an der Universitätsbibliothek Heidelberg zum Bibliotheksassistenten - Gruppe VII - daselbst, Pfleger Otto Heck bei der psychiatrischen und Nervenklinik Freiburg zum Oberpfleger daselbst, Amtsgehilfe

Andreas Weiß an der Landesmusikschule hier zum Hausmeister an dieser Anstalt.

Ministerium der Finanzen

Domänenabteilung

Ernannt: der Geizer beim staatl. Fernheizwerk Karlsruhe Emil Melinger zum Obergeizer. **Bericht:** Finanzobersekretär Josef Rottenecker in Moppenau zum Domänenamt Freiburg.

Bericht:

Finanzobersekretär Josef Rottenecker in Moppenau zum Domänenamt Freiburg.

Wasser- und Straßenbaudirektion.

Ernannt:

zum Brückenoberwärter der Brückenwärter Anton Heck in Driedesheim.

Planmäßig angestellt:

die Geometer Erwin Grauert in Karlsruhe, Friedrich Auf in Tauberbischofsheim und Wilhelm Rubmann in Rastatt, der Straßenwärter Josef Jank in Reufetten.

Bericht:

die Bauärzte Alwin Goffin in Forbach zum Kulturbauamt Heidelberg und Otto Keller in Offenburg zur Wasser- und Straßenbaudirektion, Bauinspektor Emil Dufri in Lörzach zum Kulturbauamt Heidelberg, Vermessungssekretär Otto Schlempp beim Katastergeometer, Obergeometer Walter in Lörzach zum Vermessungsamt daselbst, Verwaltungsassistent Nikolaus Hofstätter in Karlsruhe zum Wasser- und Straßenbauamt Mosbach.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Oberregierungsrat Richard Hergt bei der Wasser- und Straßenbaudirektion; Andreas Hebel beim Wasser- und Straßenbauamt Mosbach.

Karlsruher Speditionsgesellschaft m. b. H.

(vormals Carl Lasso)

Kaiserstraße 148 KARLSRUHE Telefon 4949 und 4950
Filiale Wintersdorf (Baden), Hauptstraße 17, Telefon Rastatt 521

Internationale Transporte, Sammelladungs-
Verkehre, Großtransporte, Versicherungen

Lagerhallen mit Gleisanschluss Rollfuhrbetrieb Autotransporte

Haniel

Ruhr-Nußkohlen und Brechkoks
aus unseren Zechen „Neumühl“ und „Rheinproben“

Anthracitkohlen aus unserer Zeche „Ludwig“
Unionbriketts / **Brennholz**
in nur erstklassigen Qualitäten und in jedem Quantum
zu niedrigsten Preisen frei Haus prompt lieferbar

FRANZ HANIEL & CIE., G. M. B. H.
Kaiserstr. 231 Kohlen- u. Kleinhandlung, Rheinreederei Tel. 4855 u. 4856



Badisches Landestheater.
Montag, 17. Nov. 7 1/2, b. n. 9 Uhr. Sp. I M. 450.
Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe.

II. Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheater-Orchesters.
Leitung: Fritz Cortolezis. Solistin: Kammerängerin Beatrice Sutter-Kottlar vom Opernhaus Frankfurt a. M. Werke von Haydn, Mozart, Schubert, Beethoven.

Badisches Landestheater.
Dienstag, 18. Nov. 6 1/2, b. n. 10 Uhr. Sp. I M. 8.—
Abonn. F 8. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001-4500.
Einmaliges Gastspiel des Kammerängers Rich. Mayr von der Wiener Staatsoper.

Der Rosenkavalier.
Ochs: Kammeränger Richard Mayr a. G.

Prima erstklassiges Tafel- u. Winterlagerobst
in nur besten Sorten und guter Verpackung, offeriert solange Vorrat reicht, unter Garantie zum Preise von 12-15 M. pro Zentner. Liefere auch waggonweise, aber nur zu je 40-80 Ztr. betr. sorgfältiger Verpackung an Vereine, Genossenschaften und Händler zum Preise von 13 M. pro Ztr. Bestellungen sofort.

Winter-, Obst- und Beerenkulturen, Göttingen (Niedertau). D.736

Bekanntmachung.

Die im amtlichen Fernsprechbuch der Oberpostdirektion Karlsruhe auf Seite 22 unter „Eisenbahnverwaltung“ aufgeführten Eisenbahndienststellen sind mit nachstehenden Ausnahmen vom 15. November ab infolge Vereinigung an einer Bedienungsstelle über die Anschlüsse Nr. 6040-6051 zu erreichen. Amtliche Gepäd. und Expresgutbestätter Nr. 447, Auskunftsstelle Karlsruhe Hauptbahnhof Nr. 5100, 5101 und Stationsamt Knielingen Nr. 4637 behalten ihre unmittelbaren Hauptanschlüsse unter den bisherigen Anrufnummern; die Reichsnebenanschlüsse der Kantinen sind aufgehoben. Karlsruhe, 15. Nov. 1924. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Reichsbahndirektion.



Wir besorgen alle bankgeschäftlichen Transaktionen zu den kulantesten Bedingungen, insbesondere empfehlen wir uns für die Anlage von Spargeldern



RHEINISCHE CREDITBANK FILIALE KARLSRUHE

HAUPTGESCHÄFT KAISERSTR. 90 ECKE RITTERSTR. • ZWEIGGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTR. 44 • DEPOSITENKASSE AM HAUPTBAHNHOF (IM HOTEL REICHSHOF)

Druck G. Braun, Karlsruhe.